



„Immer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerksvereins der Porzellan-, Glas- u. verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.

Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 Mark für 1 Exemplar, jedes weitere bis zu 5 Exempl. direkt unter einer Adresse bezogen 75 Pf. = 45 Kr. Oesterr. Währung.

Expedition: S. Alte Jacobstr. 64. bei S. B. e. y. Alle Postanstalten und Zeitungs-Expeditionen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

von

General-Rath.

Nr. 16.

Berlin, den 20. April 1883.

Zehnter Jahrgang.

Insertionsgebühr für die gewöhnliche Zeile 20 Pf. = 12 Kr. Oesterr. Währ. — Arbeitsmarkt 15 Pf. = 9 Kr. Oesterr. Währ.

Für Zusendung v. Offerten unter Chiffre durch die Redaktion resp. Expedition werden 25 Pf. = 15 Kr. Oesterr. Währ. als Vergütung erhoben.

Redakteur: Georg Lenk, NW. Stromstraße 48.

Die Frage der Arbeitsbücher vor dem Reichstage.

Der Reichstag verhandelte am Sonnabend, den 14. d. M., im weiteren Verlauf der Verathung der Gewerbeordnungs-Novelle über den § 107, betreffend die Einführung der obligatorischen Arbeitsbücher für alle gewerblichen Arbeiter.

Der Abg. Ackermann ließ es sich auch in dieser Verathung wieder nicht nehmen, der erste Fürsprecher der echt reaktionären Maßregel zu sein. Er vertheidigte die Bestimmung des § 107 und bezeichnete dieselbe als einen Nutzen für die ordentlichen Arbeiter, die damit eine sie empfehlende Legitimation erhalten würden. Der Antrag sei durchaus nicht aus einer den Arbeitern feindlichen, sondern aus einer arbeiterfreundlichen Gesinnung hervorgegangen. (!?)

Der Hauptredner auf liberaler Seite war der Abg. Boewe-Berlin. Derselbe hielt es für unbedingt nothwendig, daß die Regierung zu der wichtigen Frage der obligatorischen Arbeitsbücher endlich eine klare Stellung nehme und nicht die unklare Haltung wie in der Kommission bewahre, aus der man nur erkenne, daß sie den Antrag ganz gern akzeptiren würde, wenn der Reichstag das Odium auf sich lade, ihn zu beschließen. In Sachsen hätten die obligatorischen Arbeitsbücher allerdings eine Zeit lang bestanden, aber doch nur auf dem Papier. So würde es auch stets bleiben. In Zeiten, wo das Arbeitsangebot überwiege, habe jeder Arbeitsgeber die Möglichkeit, sich über die Vergangenheit des zu engagirenden Arbeiters zu informieren, eine Legitimation von ihm zu verlangen, überwiege aber die Nachfrage, so werde man die Arbeiter nehmen, wo man sie findet, mit oder ohne Legitimation. Warum kämen die Arbeitgeber denn jetzt mit den Anträgen auf Einführung obligatorischer Arbeitsbücher, jetzt, wo das Arbeitsangebot überwiege und die Arbeiter gedrückt seien, warum nicht in der Zeit der Gründerjahre, wo man vielleicht von Uebermuth und Ausschreitungen der Arbeiter sprechen konnte? Und was sollte denn das Arbeitsbuch nützen? Den Zweck, den die Freunde desselben damit erreichen wollten, könnten sie nur erreichen, wenn sie in das Arbeitsbuch eine Art Zensur einbringen und dieser Mißbrauch würde auch sicher eintreten, denn in der harmlosen Form, in der es vorgeschlagen werde, habe es keinen Werth; die Angabe, wo und wie lange ein Arbeiter gearbeitet habe, beweise doch noch nichts für seine Qualifikation. Die rechte Seite scheine sich vor der freien Ar-

beiterbevölkerung zu fürchten, deshalb möchte sie diese wieder an die Kette legen.

Der Regierungsvertreter Geh. Rath Bödiker erklärte, der Bundesrath habe sich mit der Frage der Arbeitsbücher noch nicht beschäftigt, und werde es erst thun, wenn das Haus den Beschluß der Kommission zu dem seinen machen sollte.

Nachdem der Abg. von Schalscha (Zentrum) die Arbeitsbücher in leidenschaftlichen Worten vertheidigt, ergriff der Abg. Lüders (Sezessionist) das Wort gegen dieselben. Redner wies aus seiner eigenen Erfahrung als Industrieller nach, daß die Arbeitsbücher nicht nur unnöthig, sondern auch schädlich sein würden, denn Alles vertrage der Arbeiter eher als Mißachtung, und diese liege, man möge sagen, was man wolle, in dem Antrage auf Einführung der Arbeitsbücher.

Seitens der Sozialdemokraten spricht der Abg. Kräcker gegen den Antrag der Gewerbeordnungs-Kommission. Redner macht es der Fortschrittspartei zum Vorwurf, daß sie in der liberalen Aera nicht die Dienstbücher beseitigt habe.

Abg. Döbelhauer (national-liberal) erklärt sich entschieden gegen dieses neue zünftlerisch-agrarische Experiment, welches in dem Antrage auf Einführung obligatorischer Arbeitsbücher vor uns liegt. Ich bin, führt Redner aus, selbst früher Arbeiter in einer Fabrik gewesen, stehe jetzt an der Spitze vieler großer Stabissements und stehe noch heute in so intimer Verührung mit dem Arbeiterstande, daß ich über Neigungen und Bedürfnisse des Arbeiterstandes wohl urtheilen kann. Ich habe den Arbeiterstand achten und lieben gelernt und suche ihn deshalb zu schützen gegen Einrichtungen, die die Arbeiter als entehrend und erniedrigend für ihren Stand betrachten.

Der Antrag auf Einführung der obligatorischen Arbeitsbücher wird sodann durch die drei liberalen Parteien, die Volkspartei, einen Theil des Zentrums und einige Konservativen (u. A. der Abg. Stöder!) abgelehnt. Hoffentlich wird die dritte Lesung dasselbe Resultat ergeben.

L. G.

Zur Frage der „Konkurrenzen“ für Maler.

(Siehe den Artikel „Zur Beachtung für alle Ortsvereine“ in Nr. 12 d. Bl.)

Mehr oder weniger, schreibt uns ein alter Freund unseres Blattes, sind unsere Ortsvereine in letzter Zeit dabei

gewesen, den „Bildungsfond“ in ihre Besprechungen zu ziehen und da finden wir, daß die Einen den Fond zu Gunsten anderer Zwecke (Hilfsfond) auf die Hälfte ermäßigen, hingegen andere wieder ihn in seiner jetzigen Gestalt beibehalten wollen. Die Nr. 12 d. Blattes endlich bringt uns einen dritten Vorschlag: zur regelmäßigen Konkurrenz unter einem bestimmten Beruf (Maler) einen Theil des Bildungsfond zu verwenden. Der Herr Verfasser hat sich sicher nicht geirrt, wenn er meint, unter den Berufsgenossen Förderer seiner Idee zu finden, aber er hat wohl nicht alle die enormen Hindernisse erwogen, die sich dieser Idee entgegenstellen, wenn er schreibt „nichts ist leichter in unserer Vereinigung als gerade dieses Projekt.“

Wer die einschlägigen Verhältnisse Jahre lang mit durchlebt hat, wird mir zustimmen, daß das Projekt, so wünschenswerth und für den Beruf der Maler segensbringend es auch sei, dennoch aus Mitteln des Bildungsfonds kaum zu erreichen resp. ins Leben zu rufen ist. Ein einfaches Exempel, ein Blick auf die finanziellen Mittel, welche wir eventuell zur Hand hätten, resp. auf welche wir im günstigen Fall als Mitglieder Anspruch machen könnten, wird Herrn Fischer zeigen, wie schwierig und zugleich gefahrvoll das Projekt — soll es vom ganzen Gewerksverein in die Hand genommen werden — uns werden würde. Statistisches Material habe ich leider nicht zur Hand, wie unser Herr Hauptkassirer, dennoch erlaube ich mir, einmal die ohngefähre Jahres-Einnahme des Bildungsfonds zu ermitteln und ferner den Theil, den der Beruf der Maler daran hätte — wenn solche Theilung überhaupt statutarisch zulässig wäre. Der Bildungsfond hat eine Wochen-Einnahme bei rund 1200 Mitgliedern von 12 Mark, das ist im Jahre 624,00 Mark, davon würde den Malern, wenn es wie schon gesagt, überhaupt anginge, der vierte Theil zu Gebote stehen — eine Summe, welche höchstens alle 2 Jahre hinreichend sein dürfte, um einige Preise für eine Konkurrenz auszugeben, wer aber bestreitet die Kosten der Unterbringung der Gegenstände an einem Centralplatz, also Berlin? — und die nicht geringen Porto's von einem Platz zum Andern — die Kosten der Diplome etc. etc.? Alles das würde den betreffenden Theilnehmern zur Last fallen, denn ich weiß von vorn herein, daß die Ausschüsse zum Nutzen einer Berufsklasse nichts bewilligen werden. Das ist die finanzielle Seite und Quintessenz des ganzen Projektes.

Daß es sehr schwierig werden wird, ein Preisrichter-Kollegium zu ernennen, die gerechte Vertheilung der event. Prämien zu erlangen etc. etc. will ich übergehen, ebenso die Vorwürfe und Klagen der in ihren Leistungen gekränkten „Nichtpreisgekrönten“. Alle diese Bedenken drängen sich mir auf, wenn ich auch mit dem Grundgedanken sympathisire. Meine auch schon in diesem Blatte ausgesprochene Meinung geht dahin, die Fortbildungs- oder Lehrlingschulen, wie der Ortsverein Fürstenberg eine besitzt, zu unterstützen, denn da reichen sich alle Fächer die Hand zu gemeinsamen Handeln, einer bestimmten Berufsklasse aber durch direkte Mittel aufzuhelfen, wird wohl noch lange ein frommer Wunsch bleiben — weil gerade die Porzellanmaler am Wenigsten von der Nothwendigkeit der „Berufsorganisation“ durchdrungen sind. C. N.

Eine weitere Zuschrift in derselben Sache geht uns von einem anderen Genossen zu und glauben wir dieselbe hier am besten gleich folgen lassen zu sollen.

Wenn ich mir erlaube, schreibt der Einsender, den Vorschlag des Hrn. Fischer zu diskutieren, so möchte ich vorausschicken, daß ich selbst kein Maler bin; ich habe mich aber stets für die Porzellanmalerei interessiert und derselben große Aufmerksamkeit geschenkt. Zur Sache selbst stimme ich im Prinzip mit den Ansichten des Herrn F. vollständig überein, in den Einzelheiten bin ich jedoch anderer Meinung. Erstens: Da die Sache auch unseren Bildungsfond betrifft und dieser dem Verein gehört (also zu gleichen Theilern: Massarbeitern und Malern) so wäre eine Verwendung des Bildungsfonds im Sinne des Verfassers einseitig, da dabei nur die Maler resp. deren Kunstgewerbe profitieren und derartige Konkurrenzen bei Massarbeitern doch wohl nicht gut ins Werk zu setzen wären, weil es hier mit ganz bedeutenden Schwierigkeiten verknüpft sein würde. Also aus diesem Grunde würde der Bildungsfond einseitig wirken und Formner und Dreher würden so gut wie nichts dabei profitieren. Auf der anderen Seite ließe sich aber vielleicht durch den Bildungsfond die Sache arrangiren, indem derselbe vielleicht die Mittel dazu hergibt, um eine Ausstellung von Konkurrenzarbeiten ins Leben zu rufen, später müßten aber dergleichen Vorschüsse wieder ge-

deckt werden durch Erheben geringer Eintrittsgelder, durch Veranstaltung einer Auspielung ausgestellter Gegenstände u. s. w. Zweitens: Daß die Ausstellung nur in Berlin stattfinden solle, wäre auch nicht mein Wunsch, denn es würde dies eben nur für die Berliner Maler von Vortheil sein; denn daß sich einzelne Ortsvereine die ganzen Ausstellungsgegenstände auf ihre Kosten und Risiko werden zusetzen lassen, um sie bei sich aufzustellen, daran ist wohl kaum zu denken, dieses Risiko würde wohl kein Verein, auch selbst der größte nicht, auf seine Schultern nehmen. Es wäre auch hier die Sache dahin zu ändern, daß größere Vereine selbstständig voringen und erst lokale Ausstellungen in's Leben riefen und dazu vielleicht auch einen Theil ihres Bildungsfonds opferten. Ist dieses erst gelungen und sieht man, daß die Mühe und Arbeit keine vergebene gewesen und namentlich die Herren Maler die Sache thatkräftig unterstützt haben, dann kann ja immer nach ein paar Jahren eine Gesamt-Ausstellung der besten Arbeiten in Berlin stattfinden. Ich denke, man fängt lieber erst klein an und geht dann Schritt für Schritt weiter auf der betretenen Bahn.

Eine solche Ausstellung hat aber auch für Ortsvereine schon bedeutende Schwierigkeiten und Unkosten, und darf man sich die Sache durchaus gar nicht so leicht denken. Es muß ein passendes Lokal dazu gemiethet werden, es müssen während der Ausstellung mindestens 2 Mann anwesend sein, welche ihre Zeit doch auch vergütet bekommen müssen, Annoncen, Loose etc. kosten Geld und dann müssen auch tüchtige, rührige Kräfte sich der Sache annehmen und Fleiß, Mühe und Zeit darauf verwenden können, wenn die Sache ein Ansehen haben soll. Doch bei gutem Willen der einzelnen Vereine können ja wohl derartige Schwierigkeiten überwunden werden, auch finden sich wohl in jedem Verein derartige Kräfte, welche für das Zustandekommen einer solchen Ausstellung sich Mühe und Zeit nicht verdrießen lassen. —

Was den Bildungsfond selbst anbelangt, so möchte ich mir gestatten, noch eine andere Verwendungsart für denselben vorzuschlagen. Da ich mit Herrn F. im Eingange dieses Schreibens nicht ganz einig war in der Verwendung des Fonds für Malerei-Ausstellungen, so würde Herr Fischer mir vielleicht freisprechen, wenn ich sage, daß die betreffenden Gelder ihren Zweck nicht verfehlten, wenn wir mit denselben in den Vereinen Zeichen- und Modellirschulen für unsere Lehrlinge, für unsere Mitglieder und deren ältere Kinder in's Leben riefen. Hierbei könnten Maler, Formner und Dreher resp. deren Lehrlinge gleichmäßig partizipiren und die Sache würde gewiß ihren Zweck nicht verfehlen. Wie ja Herr F. als Maler selbst konstatiert, daß viele Maler dies Prädikat nur pro forma führten, so liegt doch dies hauptsächlich auch mit daran, daß ihnen in ihrer Lehrzeit nicht Gelegenheit geboten worden, sich gut auszubilden. Wollen wir dies Uebel aber mit der Zeit beseitigen, so müssen gute Zeichenschulen in's Leben gerufen werden und namentlich an solchen Orten, wo keine derartigen Institute bestehen.

Auch unsere Mitglieder, welche Lücken in ihrem Können verspüren, können dieselben nachträglich ausfüllen, wenn die meisten der Herren Maler sich nicht zu erhaben und zu stolz dazu fühlen. Für unsere Lehrlinge könnten auch von Zeit zu Zeit kleine Geldpreise aus dem Bildungsfond ausgesetzt werden, damit ihr Fleiß und Eifer mehr angefeuert wird und glaube ich, daß auf diesem Wege unserer Sache und dem Zweck des Bildungsfonds sehr gedient wäre. Dazu, dies in's Leben zu rufen, gehören eigentlich nur der Dinge drei. 1) ein passendes Lokal, welches vielleicht an jedem Orte zu finden wäre (vielleicht Schullokal), 2) gute Vorlagen und 3) Lehrer. Vorlagen könnten eben direkt durch den Bildungsfond angeschafft werden, und Lehrer finden sich wohl in unserer Mitte, denn wir können auch andererseits zugestehen, daß wir schon tüchtige Kräfte unter uns haben, welche wohl berufen wären, den Lehrlingen Unterricht im Zeichnen, Modelliren und Malen zu geben. Eine solche Schule möchte mehrere Abtheilungen haben: nämlich Anfangsgründe, Zeichnen nach Vorlagen (Gefäße, Ornamente, Thiere, Figuren, Landschaften), Zeichnen nach Gipsabgüssen und Malen in Aquarell. Hier wäre namentlich Blumen- und Figuralmalerei zu pflegen, welche Fächer in unserer Branche sehr im Argen liegen. Auf dem thüringer Walde habe ich jedoch bedeutende Künstler kennen gelernt, welche aber meist in früher Jugend auch schon die edle Zeichenkunst geübt und erlernt haben.

Es würde also mit einigem gutem Willen die Sache wohl zu arrangiren sein und ich verspreche mir hierdurch eine zweckentsprechendere Verwendung unseres Bildungsfonds als wie durch

Malerei-Ausstellungen, trotzdem ich ja auch damit, nach meinen obigen Ausführungen einverstanden wäre und die Sache zu überlegen bitte.

Zum Schluß möchte ich für Ortsvereine, wo für Zeichenunterricht schon Genügendes geschehen ist, noch den Vorschlag machen, den Bildungsfond auch zur Veranstaltung von Ausstellungen für Lehrlingsarbeiten zu benutzen, wobei dann auch kleine Preise vertheilt werden können.

Nach Rücksprache mit denjenigen Prinzipalen, welche unserer Sache nicht abhold sind (und dies sind wohl die meisten), wäre auch zu bewerkstelligen, daß an solchen Ausstellungen auch die Dreher- und Formerlehrlinge sich betheiligen könnten; die betreffenden Ausstellungsgegenstände könnten ja nach der Ausstellung in den Besitz des Fabrikbesizers übergehen, weil doch derselbe Masse, Formen, Brennen etc. dazu geben müßte; schließlich hat ja auch der Prinzipal dabei seinen Vortheil, wenn sich die Lehrlinge ausbilden zu guten Arbeitern und wäre vielleicht auch hier und da ein kleiner pekuniärer Zuschuß von Seiten der Prinzipalität zu erhoffen zum Besten derartiger Unternehmungen.

Sie sehen also, werthe Vereinsmitglieder, daß es auf diesem Felde noch viel zu thun giebt; darum stimme ich mit Herrn Fischer-Waldburg überein, daß die einzelnen Ortsvereine obige Sache in die Hand nehmen und darüber berathen möchten, wie wir am besten zum Ziele gelangen.

Cabiro.

Sozialpolitische Nachrichten.

** Die Arbeiterversicherungs-Kommission des Reichstags beschäftigte sich in ihrer Sitzung vom 11. d. Mts. ausschließlich mit der geschäftlichen Behandlung des Unfallversicherungsgesetzes. Abg. Frhr. v. Hertling schlägt vor, nicht eine Generaldebatte stattfinden zu lassen, sondern zunächst über die Organisation der Unfallversicherung (§§. 7. und 10-14.) als den neuen Haupttheil des Gesetzes zu berathen und, falls man mit den Vorschlägen der Regierung betreffs der Bildung von Gefahrentlassen, Betriebsgenossenschaften und Betriebsverbänden nicht einverstanden sei, sich wo möglich über ein anderes System zu einigen und dasselbe als Resolution an den Reichstag zu bringen. Abg. Dr. Buhl erklärt sich zugleich bereit, in die Berathung einzutreten, hält es aber vor Allem für nothwendig, festzustellen, wie die Unfallentschädigung für die ersten dreizehn Wochen geordnet werden solle, da hiervon auch im Wesentlichen das Urtheil über die Organisation der Unfallversicherung abhängt. Nachdem die Kommission in dem Krankenversicherungsgesetz die bisherige Grundlage der Unfallversicherung beseitigt habe, müsse eine andere Basis gefunden werden, was er jedoch für sehr schwierig halte. Die Abg. Münch und Loewe bezweifeln bei der Geschäftslage des Reichstages die Möglichkeit der Durchberathung des weitwichtigen Entwurfs und verlangen vorherige Klärung dieser Vorfrage. Regierungskommissar Geh. Regierungsrath Lohmann erklärt als Wunsch der verbündeten Regierungen, daß der Reichstag so lange tagt, bis die Vorlagen erledigt sind. Die Regierungen hätten auch niemals auf den Zusammenhang zwischen Kranken- und Unfallversicherung verzichtet, ständen vielmehr noch jetzt auf dem Standpunkte, daß in den ersten dreizehn Wochen die Betriebsunfälle von den Krankenkassen zu tragen sind; auch habe es gar keine Schwierigkeit, die erforderlichen Bestimmungen in dem Unfallgesetz anzubringen. Auf jeden Fall erwarten die verbündeten Regierungen, daß Kommission und Reichstag noch in dieser Session eine bestimmte Antwort auf die Unfallvorlage geben werden und sie zu dem Ende wenigstens in den Grundzügen durchberathen. Nachdem Abg. Lohren für spezielle Durchberathung plaidirt, erklärt Abg. Dr. Girsch, daß alle Parteien die endliche Erledigung der Gastpflichtfrage erstreben, daß man aber auch die Pflicht habe, die Kräfte nicht nutzlos zu vergeuden. Die Erklärung des Regierungskommissars bestätige seine Befürchtung, daß trotz aller Beschlüsse zum Krankenversicherungsgesetz 97 Prozent aller Betriebsunfälle auf die Krankenkassen abgewälzt werden sollen. Darum müsse vor Allem über dies Verhältniß entschieden werden und dann über die Organisation. Abg. Eberty betont gegen Lohren, daß die gesetzlichen und organisatorischen Grundlagen des Kranken- und des Unfallgesetzes gänzlich verschieden seien, zumal letzteres in den Gefahrentlassen und Betriebsgenossenschaften etwas ganz Neues konstruirt; er erkläre sich für Beschränkung der Berathung auf einige hauptsächlich Gesichtspunkte, worunter auch der Reichszuschuß sich befinde. Auf Anfrage desselben Abgeordneten verspricht der Re-

gierungskommissar baldige Auskunft über die Veröffentlichung der Berufsstatistik. (Wie zuverlässig verlautet, wird dieselbe im Laufe des Mai stattfinden.) Nach fernerer Diskussion, an welcher sich außer Geh. Rath Lohmann die Abg. Dr. Buhl, Dr. Girsch, Lohren, Dr. Naasche, Frhr. v. Hertling betheiligen, resumirt der stellvertretende Vorsitzende, Abg. Frhr. von Maltahn-Gülz, als Ergebnis der Verhandlung, daß die Kommission zunächst eine Anzahl wichtiger Abschnitte in den Grundzügen berathen und dabei mit der Organisationsbestimmungen beginnen wird. Die nächste Sitzung soll am Montag Vormittag um 11 stattfinden. (Wir werden in nächster Nr. darüber berichten.)

** Eine vom Zentralrath der deutschen Gewerksvereine aus-geschriebene große öffentliche Versammlung der Hilfskassen Berlins fand am Montag Abend im Buggenhagen'schen Kaiserjaale statt und hatte den Zweck, unmittelbar vor der Berathung des Krankenversicherungsgesetzes noch einmal ein Votum gegen das Krankenversicherungsgesetz und den damit verbundenen Legitimationszwang zu Stande zu bringen. Das Referat erstattete Porzellanarbeiter Bey, der die ganze Materie eingehend beleuchtete, der Betheiligung der Arbeit an den bestehenden freien Hilfskassen das Wort redete und für einen letzten energischen Protest gegen die geplante Bevormundung und Vernichtung der Selbstbestimmung der Arbeiter plaidirte. — Die an den Vortrag sich anschließende Debatte, an welcher sich auch der Reichstagsabgeordnete Dr. Mag Girsch und Stadt Syndikus Eberty betheiligten, war eine sehr lebendige; die Anhänger der beiden großen Gegensätze „Selbsthilfe“ und „Staatshilfe“ standen sich gegenüber, so daß die Versammlung ohne ein positives Resultat erreicht zu haben, vom Vorsitzenden geschlossen wurde.

** Das Krankenversicherungsgesetz wird am Donnerstag im Reichstage zur Berathung gelangen.

P e r m i s c h t e s .

— Reichsgerichts-Entscheidung. In Bezug auf § 120 Abs. 3 der Gewerbeordnung hat das Reichsgericht folgende Entscheidung gefällt. Ein bei der Berlin-Hamburger Bahn beschäftigter Schlosser, welcher bei dem Aufschlagen von Radreifen verletzt worden, hatte gegen die Gesellschaft auf Schadenersatz geklagt, indem er geltend machte, daß bei der Ostbahn eine ganz ungefährliche Art, die Radreifen zu zerkleinern, in Uebung sei, indem man nämlich die Radreifen der Hitze aussetze und sie so auflöse, und daß demnach der Verwalter der Berlin-Hamburger Bahn wegen der Unterlassung dieser Einrichtung ein großes Verschulden zur Last falle. Diese Klage wurde in beiden Instanzen abgewiesen und die dagegen vom Kläger eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht, V. Zivilsenat, durch Urtheil vom 16. September 1882, zurückgewiesen, indem es den Rechtsatz aussprach: die Bestimmung des § 120 der Reichs-Gewerbe Ordnung, wonach die Gewerbeunternehmer verpflichtet sind, alle diejenigen Einrichtungen herzustellen und zu unterhalten, welche mit Rücksicht auf die besondere Beschaffenheit des Gewerbebetriebes und der Betriebsstätte zu thunlichster Sicherheit gegen Gefahr für Leben und Gesundheit nothwendig sind, verpflichtet den Gewerbe-Unternehmer, sich nach denjenigen Einrichtungen zu erkundigen, welche in dem betreffenden Gewerbebetrieb zum Schutze der Arbeiter notwendig und geeignet sind, und hierbei die Sorgfalt und die Umsicht eines sorgfältigen und vorsichtigen Gewerbetreibenden zu äußern; jedoch kann daraus einem Gewerbetreibenden kein Vorwurf gemacht werden, daß er ein neueres, den Arbeitern größere Sicherheit bietendes Verfahren in seinem Betrieb nicht eingeführt hat, wenn dieses Verfahren in technischen Kreisen nicht als erprobtes bekannt gewesen und ihm selbst ohne seine Schuld solches unbekannt geblieben ist.

Personal-Nachrichten.

Ilmenau, den 7. April 1883. Unterzeichnetes Personal giebt hierdurch bekannt, daß es an alle durchreisenden Kollegen, welche mit ordnungsgemäßen Attesten versehen sind, eine Reiseunterstützung von 90 Pf. verabsolgt. Ein früherer Beschluß, die von den Karlsbader Fabriken kommenden Kollegen von der Reiseunterstützung auszuschließen, ist bereits seit 3 Monaten aufgehoben. Personalstärke 23 Mann. Der Vorstand des Dreherpersonals von Gebr. Wegler u. Ortloff. S. A. Fischer II.

L i t e r a r i s c h e s .

Von dem Verbandsgenossen S. Frey in Mannheim, S. 1. 17, werden

wie auf das im Verlage von E. Morgenstern in Breslau erschienene Buch, betitelt: „Die Anträge und Novellen zum Genossenschaftsgesetz“ besprochen und erläutert von Dr. Herz in Mannheim, aufmerksam gemacht. Eine Besprechung desselben befindet sich in Nr. 28 der „Freien Zeitung“ und empfiehlt Dr. F. die Anschaffung des Buches für Ortsvereinsbibliotheken als wünschenswerth. Herr Dr. Herz wird auf direkte Bestellung und Einjendung des Betrages in Briefmarken die Schrift zu 1,50 Mk. franko an Gewerksch. Ortsvereine abgeben. Wegen des Bezuges wolle man sich an die oben angegebene Adresse des Hrn. Frey wenden.

Ein „**Taschenliederbuch**“ für die Mitglieder der Gewerksvereine und deren Freunde“ beabsichtigt Hr. S. Törner, Ortsverbandssekretär in Rasthenow, im nächsten Monat zum Preise von 50 Pf. herauszugeben. Indem wir unsere Mitglieder auf das Unternehmen aufmerksam machen, verweisen wir betrefis des Näheren auf den von Hrn. Törner an die Vereine versandten Prospekt.

Vereins-Nachrichten.

§ **Althaldensleben.** Protokoll der Ortsversammlung vom 31. März 1883. Die Versammlung wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden Herrn A. Müller um 7 1/2 Uhr eröffnet. Das Protokoll von letzter Versammlung verlesen und genehmigt. Bevor in die Tagesordnung eingetreten, wurden 2 Anmeldungen entgegengenommen, und werden hiermit die Herren Georg Schmidt und Arthur Köhler dem Generalrath zur Aufnahme empfohlen. Sodann wurde die Arbeitsstatistik ausgefüllt. Zum 1. Punkt, Anträge und Beschwerden, lag nichts vor. Zum 2. Punkt wurden die Beiträge gezahlt. Zum 3. Punkt wurden die Statutenbücher vertheilt und können diejenigen Mitglieder, welche nicht in der Versammlung waren, sich ihre Bücher vom Kassirer abholen. Nachdem dies erledigt, wurde die Versammlung geschlossen.

Hierauf wurde die Mitgliederversammlung der Kranken- und Begräbniskasse (eingeschr. Hilfskasse) eröffnet. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde verlesen und genehmigt. Auch hier wurden 2 Anmeldungen entgegengenommen und die Herren Georg Schmidt und Arthur Köhler dem Vorstand zur Aufnahme empfohlen. Zum 1. Punkt lagen Anträge und Beschwerden nicht vor. Zum 2. Punkt wurden die Beiträge gezahlt. Zum 3. Punkt wurden auch hier die Statutenbücher vertheilt und dann die Versammlung geschlossen.

Hrd. Kannenberg II, Schriftführer.

§ **Siehdorf b. Schwarzdorf.** Protokoll der Ortsversammlung vom 22. März 1883. Der Vorsitzende Hr. F. Schneider eröffnete die Versammlung um 9 Uhr in Anwesenheit von 9 Mitgliedern. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und genehmigt, wurde in die Tagesordnung eingetreten. Punkt 1 erledigt sich durch Zahlen der Beiträge. Punkt 2. Der Vorsitzende machte die anwesenden Mitglieder darauf aufmerksam, daß es unmöglich sei, die „Freie Zeitung“ aus der Bildungsfondkasse zu halten, da dieselbe dazu noch zu schwach sei oder man müßte Abstand nehmen von den bisher gehaltenen Schriften. Dem widersprechen aber die anwesenden Mitglieder und einigten sich dahin, ein Exemplar der „Freien Zeitung“ zu halten und den Betrag hierfür aus ihren Mitteln zu decken. Punkt 3, Aufnahme von Mitgliedern. Bewerber ist Herr Ernst Ehler, Former aus Neuselbach, es wird derselbe dem Generalrath empfohlen. Das Mitglied Edmund Langbein befindet sich auf Reisen. Da Anträge und Beschwerden nicht vorlagen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Versammlung der örtl. Verwaltungsstelle. Punkt 1 erledigt sich wie oben. Punkt 2. Das Mitglied Joseph Fritsche meldet sich krank. Die Herren August Müller, Adolph Notmann, beide Maler und Ernst Ehler, Former aus Neuselbach, melden sich zur Krankenkasse und werden selbige dem Vorstand zur Aufnahme empfohlen. Edmund Langbein befindet sich auf Reisen. Da weiter nichts vorlag, schloß der Vorsitzende die Versammlung um 11 Uhr Nachts.

Carl Köhler, Schriftführer.

§ **Rudolstadt.** Protokoll der Ortsversammlung vom 7. April 1883. Tagesordnung: 1. Mittheilungen, 2. Anmeldungen, 3. Fragekasten, 4. Einzahlung der Beiträge. Die Versammlung wurde vom stellvertretenden Vorsitzenden Hrn. Ackermann um 7 1/2 Uhr eröffnet. Das Protokoll der letzten Versammlung wird verlesen und genehmigt und hierauf in die Tagesordnung eingetreten. Zu Punkt 1 wird bekannt gegeben, daß das Mitglied Louis Große von Tambach nach hier übersiedelt und der hiesigen Kasse überwiesen worden ist. Bathasar Seel von Schaala ist wegen Nichtbezahlen der Beiträge gestrichen worden. Es gelangte hierauf eine eingegangene Anpreisung zur Verlesung heftig Ankaufs eines Bildnisses unseres allverehrten Schulze-Deitzsch. Definitiver Beschluß wird für die nächste Versammlung vorbehalten. Zu Punkt 2 haben sich angemeldet Gustav Söffing, Former, Heinrich Engelhardt, Maler, Paul Richter, Maler, sämtlich in Volkstheater und Bernh. Horn, Maler in Rudolstadt. Punkt 3 und 4 erledigten sich von selbst.

Alsdann Eröffnung der Versammlung der örtl. Verwaltungsstelle. Tagesordnung wie oben. Es wurde von den Mitgliedern der alten Krankenkasse, nachdem dieselben verlesen worden waren, beschloffen, den Hauptvorstand zu ersuchen, eine allgemeine Abstimmung zu veranlassen, den Antrag betreffend, daß nach eingeholtem Gutachten der Sachverständigen die 1 Mark Krankengeld womöglich schon nach der ersten Woche gezahlt werden möchte.*) Kassirer Walther ist nicht so recht damit einverstanden und erklärt, daß er vorzuschlagen würde, die 1 Mark nach der 4. Woche auszuzahlen. Es wird hierauf noch die Frage aufgeworfen, ob diejenigen Mitglieder der alten Krankenkasse, welche der neuen Kasse nicht beigetreten sind, Ansprüche an die noch vorhandenen Gelder machen können oder nicht. Es wird hierüber um Aufklärung gebeten. Nach Einzahlung der Beiträge erfolgt Schluß der Versammlung.

Anton Müller, Schriftführer.

*) Diese Frage gehört nicht vor den Hauptvorstand, sondern vor den Generalrath und hat auch mit dem Sachverständigen-Gutachten über die Lage der Hilfskasse (welches doch wohl hier gemeint ist) nichts zu thun, da der Extraunterstützungsfond mit der Krankenkasse nicht in Zusammenhang steht. Die Redaktion.

§ **Moabit.** Protokoll der Ortsversammlung vom 19. März 1883. Die Versammlung wurde vom Vorsitzenden Hrn. Pimer um 8 1/2 Uhr in Anwesenheit von 22 Mitgliedern eröffnet. Tagesordnung: 1. Besprechung resp. Beschlußfassung über das nächste Vergnügen, 2. Verschiedenes, 3. Fragekasten, 4. Aufnahme und Ausschluß von Mitgliedern. Nach dem Unterzeichneten das Protokoll letzter Versammlung verlesen, und dasselbe von den Anwesenden ohne Einwendungen angenommen, eröffnete der Vorsitzende die Debatte über Punkt 1 der Tagesordnung. Das Wort hierzu nahm zuerst Hr. Lenz II, um erstens die Mittheilung zu machen, daß sich das bisher bestehende Vergnügungskomitee aus rein sachlichen Gründen aufgelöst, und an seiner Stelle der Ausschuß getreten sei. Weiter geht Hr. Lenz auf das Vergnügen, das voraussichtlich in der zweiten Hälfte des April stattfinden soll, ein, und spricht sich in längerer Ausführung über das Arrangement desselben aus. In der Besprechung, an welcher sich die Herren Fette, Münchow, Grunert, Lenz III, Schnepf u. A. betheiligen, einigt man sich dahin, für dieses Kränzchen von der Mitwirkung eines Gesangsvereins Abstand zu nehmen. Ferner beschließt die Versammlung, die Willets a 50 Pf. (für Herr und Dame) baldigst drucken zu lassen, um auf diese Weise den Vertrieb derselben zu befördern. Auf Anregung des Hrn. Voigt soll der Kollege Hr. Krause von der Königl. Porzellanmanufaktur um sein Erscheinen ersucht werden. (Hr. Krause ist als tüchtiger Deklamator bekannt.) Desgleichen findet an dem Abend eine kleine Verloosung statt. Von Hrn. Fette, sowie Hrn. Grunert wird der Wunsch ausgesprochen, daß diese Verloosung gleich die von uns zum Mai geplante ersetzen solle. Hr. Lenz II bemerkt hierzu, daß eine solche Verloosung zu zeitraubend sein würde, und sich dieselbe bis dahin, da die wenigsten der angemeldeten Gaben bis jetzt eingegangen, nicht bewerkstelligen lasse. Somit bleibt es bei der erstgenannten kleinen Verloosung. Bei Punkt 2 wird von den Herren Lenz und Grunert auf Stellung von Anträgen zum nächsten Verbandstag hingewiesen. Von Grunert selbst liegt ein solcher bereits vor, die Verathung hierüber wird jedoch vertagt bis zur nächsten Versammlung. Zu Punkt 3, Fragekasten, erinnert Hr. Lenz II nochmals an den Zweck desselben und fordert zur Benützung auf. Bei Punkt 4 ist nichts zu verzeichnen. In der Versammlung der Hilfskasse lag nichts vor. Schluß der Versammlung um 10 1/2 Uhr.

G. Lenz III, Schriftführer.

Versammlungskalender.

* **Sophieuan.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 21. April 1883, Abends 7 1/2 Uhr bei Herrn Mai. Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom 1. Quartal 1883, 2. Aufnahme neuer Mitglieder, 3. Wahl eines Komitees betrefis der Weihnachtsbescherung, 4. Anträge und Beschwerden. Hierauf Versammlung der örtl. Verwaltungsstelle. Tagesordnung: 1. Kassenbericht vom 1. Quartal 1883, 2. Bericht der Krankenkontrollenre, 3. Aufnahme neuer Mitglieder, 4. Anträge und Beschwerden.

Die Mitglieder werden ersucht, die Statuten-Bücher zur Abstempelung mitzubringen und recht zahlreich zu erscheinen.

Erst. Köhler, Schriftführer.

* **Altwasser.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 21. April, Abends 8 Uhr im eisernen Kreuz. Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. Kassenbericht und Bericht der Revisoren vom 1. Quartal 1883, 3. Anträge und Beschwerden. — Hierauf Mitgliederversammlung der Kranken- und Begräbniskasse. Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. Kassenbericht und Bericht der Revisoren vom 1. Quartal 1883, 3. Bericht der Krankenkontrollenre, 4. Vorschläge und Beschwerden.

B. Neumann, Schriftführer.

* **Schmiedefeld.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 21. April 1883, Abends 8 Uhr im Vereinslokal „zur Henne“. Tagesordnung: 1. Ausfüllung der Arbeitsstatistik, 2. Anmeldungen, 3. Abstimmung in der Unterstützungsfrage Dollmann, 4. Wahl des Kassirers, 5. Entrichtung der Beiträge. — Alsdann Mitgliederversammlung der örtl. Verwaltungsstelle. Tagesordnung: 1. Anmeldungen, 2. Wahl des Kassirers, 3. Entrichtung der Beiträge, 4. Mittheilungen. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend nöthig.

Otto Möller, Schriftführer.

* **Stanowitz.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 21. d. M., Abends 8 Uhr im Seifers Gasthof. Tagesordnung: 1. Wahl eines Schriftführers, 2. Geschäftliches, 3. Kassenbericht, 4. Anträge und Beschwerden. — Hierauf Versammlung der örtl. Verwaltungsstelle. Tagesordnung wie oben.

Ad. Boehm, Schriftführer.

* **Königszell.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 21. April, Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Tagesordnung: 1. Vortrag des Hrn. Lehrer Heymann, 2. Geschäftliches, 3. Kassenbericht, 4. Besprechung über das Stiftungsfest, 5. Anträge und Beschwerden. — Hierauf Versammlung der örtl. Verwaltungsstelle. Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. Kassenbericht, 3. Bericht der Kranken-Kontrollenre, 4. Vorschläge und Beschwerden.

A. Wankum, Schriftführer.

* **Budaun.** Ortsversammlung am **Sonnabend**, den 21. April 1883, Abends 7 1/2 Uhr im schwarzen Adler. Tagesordnung: 1. Vortrag des Hrn. Lehrer Bremecke über „der Geist im Menschen“, 2. Geschäftliches, 3. Aufnahme von Mitgliedern und Anträge und Beschwerden, 4. Kassiren der Beiträge und Bücherwechsel. — Hierauf Versammlung der örtl. Verwaltungsstelle. 1. Kassiren der Beiträge, 2. Aufnahme von Mitgliedern, 3. Geschäftliches, 4. Anträge und Beschwerden.

Joh. Thamm, Schriftführer.

* **Der Medizinalverband der Moabiter Ortsvereine hält am Montag**, den 23. April, Abends 8 Uhr bei Reichert, Stromstraße 48, seine **Generalversammlung** ab. Tagesordnung: Kassenbericht etc.

Der Vorstand

* **Berlin.** (Ortsversammlung der Porzellan- und Glasmaler) Vorstandssitzung am **Montag**, den 23. April, Abends 8 Uhr im Café Humboldt, Neue Grünstr. 32.

Briefkasten der Redaktion.

Zah-hier, Voigt-Charlottenburg, Rühn-Dresden: Protokolle nächste Nummer. —